

1. Berliner Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe

Dokumentation AG 9 – Frauen und Familien in Wohnungsnot, 10.01.2018

1. Vorstellungsrunde

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten sich kurz vor
(siehe Anwesenheitsliste)

2. Problemaufriss (Ist-Situation / Probleme / Herausforderungen)

Statistik

- fehlende Statistik/Zahlen (Schätzung 2016: 7 Tsd. wohnungslose Kinder in Berlin)
- aktuell können ca. 200 Erwachsene mit 260 Kindern wg. Kapazitätsmangel nicht untergebracht werden (lt. AWO, Fr. Münchow)

Zielgruppen

- geflüchtete Frauen / EU-Bürgerinnen / schwangere und alleinerziehende Frauen
- Risikogruppe Alleinerziehende
- neue Zielgruppe: alleinerziehende Väter mit Kinder
- zunehmendes Problem: Extremfälle psychisch kranker Frauen

Problemlagen

- Gewalt/Gewaltsituationen, konflikthafte Wohnsituationen
- Bei Trennung v. Lebenspartnern stellt sich das Problem der fehlenden Kitaplätze (vor allem bei Umzug in einen anderen Bezirk). Frauen können nicht Vollzeit arbeiten und geraten so in finanzielle Schwierigkeiten und im schlimmsten Fall in Wohnungslosigkeit (Stichwort: Leistungsberechtigung für Frauen)
- Bei Umzug geht oft der bezirkliche Bezug verloren (Kita, Schule, Eltern, Großeltern, Freunde...)
- Trennung von Mutter und Kind (Stichworte: HzE, ASOG-Unterbringung u.ä.)
- Problem der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, auch im geschützten Marktsegment (Transgender Frauen / Frauen mit mehreren Kindern / kranke Frauen / Frauen mit multiplen Problemen)
- geflüchtete Frauen, Status, Dauer der Statusprüfung
- Problem: EU-Bürgerinnen die nicht leistungsberechtigt sind
- ASOG-Unterbringung für nicht leistungsberechtigte Menschen
- Schnittstelle Jugend- u. Sozialhilfe
- Bürokratie

Wohnraum

- Unterversorgung von Unterbringungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen / Wartelisten
- fehlender Wohnraum für Frauen mit Kinder
- kein Wohnraum für Großfamilien vorhanden
- Jugendämter kommen an Grenzen ihrer Möglichkeiten (Brief an Vermieter reicht nicht mehr aus...)
- Geschütztes Marktsegment erweitern
(KoAV: **Aufstockung** des geschützten Marktsegment. Forderung unbedingt in Leitlinien aufnehmen)
- Problem: es gibt zu wenig Wohnraum insg. und es gibt zu viele Gruppen die auf das geschützte Marktsegment zugreifen wollen
- Vergabe des geschützten Marktsegment ungerecht / Chancengleichheit herstellen
- Konkurrenzsituation um Wohnraum
- Bezirke und Polizei treten an Träger von Notunterkünften heran um Menschen unterzubringen. Eigentlich sollte der Weg andersherum sein (Notschlafstellen werden an Bezirke vermittelt).
- Träger fungieren zunehmend als Immobilienvermittler
- Mindeststandards herstellen / Mindeststandards prüfen
- Angst vor Sanktionen bei Beschwerden - Missstände bleiben bestehen

Beratungsangebote

- zu wenig frauenspezifische Angebote für wohnungslose Frauen und Familien
- fehlende finanzielle Unterstützung
- zu wenig niedrigschwelliges Beratungsangebot
- fehlende unterstützende Strukturen für Menschen die es geschafft haben Wohnraum zu finden. Sie bleiben weiterhin von Wohnungslosigkeit bedroht

Verschiedenes

- sozialer Wohnraum zum Teil zu teuer / Bereicherung Einzelner (ASOG, private Anbieter)
- soziale Teilhabe / Hilfe zur Selbsthilfe
- gesamtstädtische Strategie für mehrköpfige Familien

3. Maßnahmen

- Druck auf Politik muss sich erhöhen / kurzfristiger Maßnahmenkatalog zum Wohnungsbau seitens SenStadtWohnen gefordert
- Housing First (Best-Practices-Erfahrung nutzen)
- Genderbudgetierung / Wird Genderbudgetierung überhaupt praktiziert?
- Aufstockung von Beratungsstellen
- Zwangsverpflichtung zur Bereitstellung von sozialem Wohnraum
- Keine Zwangsräumungen von Haushalten mit Kindern
- Frühwarnsystem "aufsuchende Hilfen" (im Vorfeld Gespräche mit Stromanbieter, Wohnungsbaugesellschaften, Eigentümer) durch Sozialämter
- Partizipation und Nachhaltigkeit, Integration und Teilhabe
- Schaffung von gesundheitlicher Versorgung in frauenspezifischen Wohnungseinrichtungen
- Barrierearme Angebote an Wohnungen
- Gleichberechtigter Anspruch auf Unterbringung, Versorgung, für Kinder u. Familien § 67 SGB XII (alle Gruppen, unabhängig von Status u. Herkunft u. Geschlecht)
- bedarfsgerechte frauenspezifische Ausstattung von Hilfeangeboten
- alternatives Wohnen (WG's, Wohnungstausch z.B. ältere Frauen wohnen in großen Wohnungen, Mehrgenerationenwohnraum)
- Bürokratieabbau
- bessere Koordinierung der Bezirksämter und der einzelnen Senatsverwaltungen
- Hilfe für wohnungslose Frauen auf dem Gebiet der Erwerbstätigkeit / Reintegration in den Arbeitsmarkt
- Einberufung Runder Tisch mit SenV und BÄ zur Koordinierung und Abstimmung von Gesetzen und Gesetzinitiativen
- Übertrag des Mietverhältnisses an Frauen und Übernahme der Kosten JC → Nachsteuerung Gewaltschutzgesetz
- Wohnraum/Neubau: Gesetzliche Vorgabe Quote für Frauen u. Familien mit Bedarf (private Investoren)
- § 67 SGB XII auch für EU Bürger*innen öffnen
- ASOG unabhängig vom Leistungsanspruch
- Seite 9 u. 10 der Leitlinien der Wohnungslosenhilfe: ressortübergreifende Zuständigkeit ergänzen/ersetzen / Bündelung von Fähigkeiten / Fachstellenkonzept
- keine Bereicherung Einzelner an der Not von Wohnungslosen
- Mindeststandards einführen und kontrollieren
- "sozial Logo" für z.B. von Gewalt betroffene Frauen (mit Blick auf Vermieter u. Eigentümer)
- Zentralisierung zur Identifizierung von Wohnraum für Frauen
- Städtebauliche Auflagen für private Investoren bei Neubau (z.B. Quote für preiswerten Wohnraum, Kitabau etc.)
- Ggf. staatliche Zuschüsse für Baugenossenschaften bei zur Verfügungstellung von sozialem Wohnraum
- Sozialstationen bei Beratung von Seniorinnen einbeziehen

4. Zentrale Ergebnisse der AG

- bezahlbaren Wohnraum schaffen / Bereitstellung von geeignetem, kiezbezogenem Wohnraum (Schule, Kita, Sozialkontakte)
- keine Zwangsräumung von Wohnungen von Frauen mit und ohne Kinder solange bis adäquater Ersatzraum geschaffen wurde
- Fachstellenkonzept (Hilfe aus einer Hand)
- Dem Anteil der wohnungslosen Frauen und Familien entsprechende niedrigschwellige frauenspezifische / familienspezifische (Männer) Hilfeangebote
- Städtebauliche Auflagen für private Investoren bei Neubau (z.B. Quote für preiswerten Wohnraum, Kitabau etc.)